

**13.12.2012**

**Niederschrift**

---

**Jugendhilfeausschuss**

am 19.11.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:40 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Theodor Rieke

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Christel Ciecior

Frau Ursula Lindstedt

Herr Walter Teumert

**Kreistagmitglieder CDU**

Frau Marlies Deppe

Frau Claudia Gebhard

Frau Ursula Sopora

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Barbara Streich

**Ordentliches Mitglied**

Frau Rosemarie Böhme

Herr Dirk Lampersbach

Herr Sebastian Richter

Frau Petra Stoltefuß

Frau Christine Weyrowitz

**Stellvertretendes Mitglied**

Frau Roswitha Ritter

**Beratendes ordentliches Mitglied**

Herr Turan Karacayir

Herr Heiner Redeker

**Beratendes stellvertretendes Mitglied**

Frau Edelgard Blümel

Frau Birgit Mescher

## **Verwaltung**

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin

Herr Gerhard Steiner, Sachgebietsleiter

Frau Monika Thünker, Fachbereich Familie und Jugend

Frau Gabriele Olbrich-Steiner, Planung und Mobilität - Behindertenbeauftragte

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- |                 |        |  |
|-----------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b>  |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b>  | 192/12 | Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG)   |
| <b>Punkt 3</b>  | 186/12 | Antrag auf Bezuschussung des Leuchtturm e.V., Beratungszentrum für trauernde Kinder, Jugendliche und Familien  |
| <b>Punkt 4</b>  |        | HZE-Bericht 2012 Nordrhein-Westfalen - Mündlicher Bericht der Verwaltung   |
| <b>Punkt 5</b>  | 137/12 | Familienhebammen - Ein Projekt zur Verbesserung der sozialmedizinischen Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern mit ihren Säuglingen im Kreis Unna |
| <b>Punkt 6</b>  | 184/12 | Produkthaushalt 2013 - Budget 51 Familie und Jugend  |
| <b>Punkt 7</b>  | 136/12 | Integrationshelfer als Teil schulischer Verantwortung und wichtiger Inklusionsbaustein<br>-Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2012-                       |
| <b>Punkt 8</b>  | 132/12 | Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015  |
| <b>Punkt 9</b>  | 145/12 | Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion  |
| <b>Punkt 10</b> |        | Kommunale Präventionsketten "Brücken für Familien" - Mündlicher Bericht der Verwaltung   |
| <b>Punkt 11</b> |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 12**                      Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

**Punkt 1**                      **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2**    **192/12**                      **Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG)**

### Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache. Auf Nachfragen von Frau Streich und Frau Sopora teilt Frau Waßen mit, dass das Jugendamt die Kosten für den Lebensunterhalt von untergebrachten bzw. in Vollzeitpflege befindlichen Kindern übernehme. Das Jugendamt trete hier sozusagen in Vorleistung und hole sich dann im Rahmen der Möglichkeiten diese Kosten von den Angehörigen, Rentenversicherungsträgern, usw., zurück.

Des Weiteren führt sie aus, dass sich die Empfehlung der Landeskommision Jugendhilfe nicht auf Vollzeitpflege beziehe, sondern wirklich nur auf die sonstigen stationären Unterbringungen und ähnliches. Zu einigen Bereichen hätte es keine Empfehlung der Landeskommision gegeben und dort habe man geschaut, ob die Beträge hätten hoch gesetzt werden müssen oder ob es bei dem alten Stand bleiben könne.

Auf eine weitere Nachfrage von Frau Streich teilt Frau Waßen mit, dass es für die Pflegeeltern bei der Vollzeitpflege einen entsprechenden Ansatz gebe, der die Grundversorgung der Kinder umfasse. Hier würden dann für besondere Situationen der Kinder einmalige Beihilfen anfallen. Im Bereich der stationären Unterbringung sei dies nicht schon von vornherein in dem Grundsatz enthalten, dort werde separat abgerechnet.

Abschließend wird durch die Verwaltung zugesichert, die alten Beträge nachzureichen; eine Übersicht ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

### Beschluss

Die Gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG) werden – wie in der Anlage dargestellt – geändert.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 3**    **186/12**                      **Antrag auf Bezuschussung des Leuchtturm e.V., Beratungszentrum für trauernde Kinder, Jugendliche und Familien**

### Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache und begründet die von der Verwaltung vorgeschlagene Ablehnung. Er teilt mit, dass in der Jugendhilfe der Grundsatz der Individualität gelte; es werde in der Regel nicht pauschal, sondern individuell, bezuschusst. Für eine psychologische Beratung gebe es die Psychologische Beratungs-



ter, und da spreche er auch für das Kreisjugendamt, diese Gelder für sich in Anspruch nehmen würden. In Kamen würde das Geld wohl in das Kinderschutzprojekt, hier gebe es einen Verein „Die Familienbande“, einfließen lassen; in welcher Höhe wisse er nicht. In Lünen solle das Geld im Rahmen der Schwangerschaftsberatungen, aber auch für Netzwerke und Netzwerkarbeit, zum Einsatz kommen.

Bezugnehmend auf Anmerkungen aus dem Ausschuss sichert die Verwaltung zu, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses eine Aufstellung über die weitere Verwendung des Zuschusses vom Land vorzutragen.

## **Punkt 6    184/12            Produkthaushalt 2013 - Budget 51 Familie und Jugend**

### Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass der Haushaltsentwurf 2013 bereits mit den Bürgermeistern besprochen worden sei und die Verwaltung stünde auch den örtlichen Fachausschüssen für Erläuterungen zur Verfügung. Er erläutert die Drucksache und teilt mit, dass in 2012 ein besseres Rechnungsergebnis als erwartet vorliegen werde. Der neue Kindergarten „Nordlicht“ in Bönen ginge nicht, wie geplant zum 01.08., sondern am 10.12. ans Netz. Durch diese Verzögerung gebe es Betriebskostensparnisse, die sich im Rechnungsergebnis niederschlagen würden. Anfang 2013 werde es eine Abrechnung durch das Rechnungsergebnis 2012 und einen Rückfluss an die Kommunen geben.

Herr Hahn führt seine Erläuterungen anhand einer Folienpräsentation fort, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist.

Die differenzierte Kreisumlage könne von 16,1 Millionen Euro auf 15,838 Millionen Euro gesenkt werden. Wichtig sei der Hebesatz der differenzierten Kreisumlage, der von 26,39 Prozent auf 24,98 Prozent gesenkt werde. Für die Kommunen sei die Zahllast von Bedeutung, für Bönen gebe es eine Absenkung von 5,3 auf 5,1 Millionen Euro, für Fröndenberg eine Absenkung von 5,8 auf 5,6 Millionen Euro und für Holzwickede eine Erhöhung um knapp 100.000 Euro und somit auf 5 Millionen Euro. Dies ergebe in der Summe für die Kosten des Jugendamtes eine differenzierte Kreisumlage von 15,838 Millionen Euro.

Frau Waßen führt den Bericht zum Produkthaushalt 2013 für das Budget 51, Familie und Jugend, anhand der Folienpräsentation (Anlage 3) fort und erläutert die angeführten Daten.

Zwischendurch bezieht Herr Hahn sich zum Thema „Entwicklung der u3-Betreuungsquote“ (Folien 10-12) auf eine aktuelle Berichterstattung aus der letzten Woche und teilt mit, dass dort Zahlen überregional verbreitet worden seien. Es würde bundesweit ein neues Ziel diskutiert, dort gehe es um 39 Prozent im Durchschnitt; das bedeute 37 Prozent für die alten und 51 Prozent für die neuen Bundesländer. Wenn es zu dieser Regelung käme, dann stelle es den Kreis Unna, speziell Bönen, Fröndenberg und Holzwickede, vor neue finanzielle Schwierigkeiten. Überregional werde die Frage gestellt, ob der Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr, ab dem 01.08. nächsten Jahres, überhaupt noch zu halten sei. Bundesweit würden angeblich 220.000 Plätze fehlen. Im August dieses Jahres hätte es in Nordrhein-Westfalen eine Abdeckungsquote von 26 Prozent, das bedeute 117.000 Plätze, gegeben. In Bönen, Fröndenberg und Holzwickede sei man besser aufgestellt als der Landesdurchschnitt und es werde gehofft, dass dieser Stand so gehalten werden könne. Der Rechtsanspruch müsse vom Jugendamt eingelöst werden, entweder mit einer Kindertageseinrichtung oder mit einer Tagesmutter/einem Tagesvater. Es sei ein neuer Flyer „Kindertagespflege – beraten, vermitteln und begleiten“ aufgelegt worden, aus dem Eltern entnehmen könnten, mit welchen finanziellen Voraussetzungen sie rechnen müssten, wenn kein Platz in einer Tageseinrichtung vorhanden wäre. Dank eines

hohen finanziellen Engagements aus Bönen, Fröndenberg und Holzwickede stehe der Kreis Unna sehr gut da. Allerdings müsse man dennoch abwarten, wie es weiterginge.

Herr Rieke erinnert daran, dass sich der Ausschuss einig gewesen sei, eine u3-Betreuungsquote von 32 Prozent zu erreichen, dann die weitere Entwicklung abzuwarten und danach erst entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Frau Streich teilt mit, dass Personen ohne Arbeit auch dazu angehalten würden, Arbeitsverhältnisse anzunehmen und dadurch bräuchten sie, sofern sie unter dreijährige Kinder hätten, Plätze in einer Tageseinrichtung. Wenn man hier gegenrechnen würde, was der Sozialhaushalt koste und welche Entlastungen dann auf der einen Seite vorliegen würden, dann wären die Entlastungen durchaus höher.

Frau Waßen setzt ihren Bericht fort und teilt mit, dass es bei den Hilfen zur Erziehung, in den Bereichen Heimpflege und gemeinsame Unterbringung aufgrund der hohen Kosten besser wäre, wenn im Einzelfall möglich, zum Beispiel über die Vollzeitpflege, nach günstigeren und für den Großteil der Kinder sinnvolleren Alternativen zu suchen. Der hohe Anstieg der Fallzahlen im Bereich ambulanter Hilfen ließe sich auf die Empfehlung von Rödl & Partner zurückführen, indem unter anderem die soziale Gruppenarbeit ausgeweitet worden sei.

Frau Streich bezieht sich auf Seite 29 des Produkthaushaltes und wünscht sich, dass bei den allgemeinen Zielen für Kinder- und Jugendeinrichtungen die Inklusion einbezogen würde. Des Weiteren werde auf Seite 32 angeführt, dass 1.800 Euro im Rahmen von Inklusion zur Verfügung stünden. Man müsse zum Beispiel bei Ferienfreizeiten darauf achten, dass auch für Rollstuhlfahrer/innen ein Platz angeboten würde. Sie wünsche sich, dass für inklusiv geplante Veranstaltungen auch genauso über die Presse dafür geworben würde. Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf und wird sie entsprechend verarbeiten.

Frau Sopora bedankt sich bei der Verwaltung, dass diese es ohne große Einschnitte geschafft hätte, mit den Empfehlungen von Rödl & Partner, einen Haushalt vorzulegen, in dem bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen zu finden seien. Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen (in der Kinderbetreuung, insbesondere die u3-Betreuung) würden hohe Ausgaben anfallen, die man aber kaum beeinflussen könne. Herr Hahn hätte bereits darauf hingewiesen, dass neue Planungen bzw. Umsetzungen auf den Kreis Unna zukommen könnten, aber trotzdem sollte man bei einem weiteren Bedarf an Plätzen detaillierte Planungen anstellen. Wichtig sei für die CDU-Fraktion die Vermeidung von Heimunterbringungen und somit die Reduzierung der Kosten. Obwohl bereits seit Jahren gezielt ambulante Hilfen angeboten würden, wären die Kosten der stationären Hilfe noch viel zu hoch. Vor der stationären Hilfe müsste eine Vollzeitpflege im Vordergrund stehen. Hier würde ein Kind bzw. ein Jugendlicher mehr Aufmerksamkeit und Liebe erfahren und diese könne man mit bis zu 9.000 Euro - Kosten einer Heimunterbringung - nicht erkaufen. Die CDU-Fraktion unterstütze die Arbeit des Jugendamtes, das möchte sie nochmal ausdrücklich erwähnen, mit dem Ziel, dass es nicht zu so schlimmen Vorfällen käme wie sie allen aus den Medien bekannt seien. An dieser Stelle gehe auch ein Dank an das Jugendamt für die geleistete gewissenhafte Arbeit. Die CDU-Fraktion begrüße es, dass der differenzierte Haushalt im Fachbereich Familie und Jugend spitz abgerechnet würde.

Herr Teumert führt aus, dass die Äußerungen von Frau Sopora zeigen würden, dass sich die Mitglieder dieses Ausschusses in vielen Dingen einig seien und er könne das Lob an die Verwaltung für die gute Arbeit genauso weitergeben. Es gebe einige Fortschritte im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Für die SPD-Fraktion sei es von Bedeutung, dass die hohe Qualität bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben gehalten und gleichzeitig der Kostenanstieg gebremst werden könne, durch die Umwandlung von Heimunterbringun-

gen in starke präventive Maßnahmen. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 zeige, dass der über mehrere Jahre gegangene Weg zur Umsteuerung genau der richtige Weg gewesen sei.

Herr Rieke fragt Frau Streich, ob der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Familienhebammen aufrecht erhalten bliebe oder ob sich dieser durch die Stellungnahme von Herrn Hahn und die Abfrage bei den anderen Jugendämtern erledigt hätte.

Frau Streich antwortet, dass das Thema heute nicht diskutiert worden sei und sie dazu heute keine Stellungnahme abgeben werde.

Herr Hahn nimmt zu dem gestellten Antrag Stellung, aber Frau Streich möchte diesen nicht zurücknehmen, er solle im Kreisausschuss/Kreistag diskutiert werden.

Herr Rieke teilt abschließend mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt im Kreisausschuss/Kreistag eine Entscheidung getroffen werde.

**Punkt 7    136/12            Integrationshelfer als Teil schulischer Verantwortung und wichtiger Inklusionsbaustein**  
**-Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2012-**

Erörterung

Herr Rieke erörtert, dass der Kreistag hierzu bereits einen Beschluss gefasst hätte, mit einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU. Es sei ebenfalls beschlossen worden, dass in den Ausschüssen jeweils ein Bericht erfolge. Dieser Bericht hätte in der kurzen Zeit seit der letzten Kreistagssitzung noch nicht erstellt werden können, er läge auch heute noch nicht vor. Somit könne dieser Punkt im Grunde von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Herr Hahn ergänzt, dass die Drucksache als Information angesehen werden sollte, zumal sie noch nicht allen bekannt sei. Abschließend erläutert er den Inhalt der Drucksache.

**Punkt 8    132/12            Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015**

Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache und teilt mit, dass sich diese an die innere Verwaltung richte, die Kreisverwaltung mit ihren eigenen Möglichkeiten, eigenem Personal, eigenen Dienststellen und eigenen Angeboten. Die Vorstellung zur weiteren Vorgehensweise gehe dahin, dass das Handlungsprogramm durch den Kreisausschuss und den Kreistag im Dezember auf den Weg gebracht werde, sich die Fachausschüsse mit der Fortschreibung und Umsetzung der Maßnahme beschäftigen und alle zwei Jahre solle im Kreistag zum aktuellen Stand der Umsetzung berichtet werden.

Auf Nachfrage von Frau Streich teilt Frau Olbrich-Steiner mit, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen selbstverständlich auch jetzt schon an Ferienfreizeiten teilnehmen könnten. Es sei allerdings auch die Erfahrung gemacht worden, dass die Durchführung in der Praxis nicht immer einfach sei. Durch Schulungsmaßnahmen sollen die Mitarbeiter/innen auf den richtigen Weg im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gebracht werden. Eine inklusive und barrierefreie Teilnahme an Ferienfreizeiten solle

somit noch verbessert werden. Terminlich gesehen beliefe sich die Schulungsmaßnahme auf 10 Termine, an jeweils 1-2 Tagen und mit einer jeweiligen Gruppengröße von 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Herr Richter führt aus, dass die Kirchengemeinde in Fröndenberg-Frömeren jährlich Freizeiten und Schulungen für Mitarbeiter durchführe. Es werde auch immer wieder versucht, behinderte Kinder und Jugendliche einzubinden, aber in der Umsetzung sei dies nicht immer einfach. Es könne bisher keine inklusive Freizeit angeboten werden. Teilweise seien die Unterbringungen und die Fahrzeuge nicht dafür eingerichtet bzw. ausgerüstet. Des Weiteren hätten die Mitarbeiter keine entsprechende Ausbildung und/oder es könne keine Einzelbetreuung angeboten werden. In diesem Jahr hätten zwei gehörlose Personen an einer Freizeit teilgenommen.

In Absprache mit Frau Olbrich-Steiner bietet Herr Rieke den Anwesenden an, dass sich Frau Olbrich-Steiner für spezielle, fachbezogene Nachfragen gerne zur Verfügung stelle und diese an sie gerichtet werden könnten.

### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird das in der Anlage beigefügte „Handlungsprogramm 2013 – 2015, Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung“ beschlossen.
2. Der Kreistag begrüßt die für 2013 – 2015 gewählte Schwerpunktsetzung:
  - a. Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
  - b. Schrittweises Verfassen von Formularen, Broschüren u.a. in einfacher Sprache
  - c. Ergänzung des bestehenden Sicherheitsaudits bei Straßen- und Wegebaumaßnahmen durch ein extern zu vergebendes Audit Barrierefreiheit gem. der UN-Behindertenrechtskonvention
  - d. Beurteilung der Kreisliegenschaften/Gebäude (Eigentum, angemietete Objekte) im Hinblick auf ihre Barrierefreiheit. Die Erfassung der Schulgebäude hat dabei besondere Priorität.

Für Pkt. 2 a und 2 b haben die Bereiche Priorität, die mit behinderten Menschen besonders in Berührung kommen.

3. Die Haushaltsmittel werden im Rahmen der jeweiligen Budgets bereitgestellt (siehe Handlungsprogramm).
4. Folgende Strukturen werden geschaffen:
  - Steuerungsgruppe „Inklusion“ unter Vorsitz des Landrates und unter Teilnahme eines Vertreters bzw. einer Vertreterin der Betroffenenvertretung
  - »Arbeitsgruppe zur Förderung der Inklusion in der Verwaltung des Kreises Unna«
  - Beteiligung der Interessenvertretungen der Behinderten im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften.
5. Der Kreistag begrüßt die frühzeitige Beteiligung der Behindertenbeauftragten bei der Planung von Hochbaumaßnahmen sowie bei Baumaßnahmen an Kreisstraßen die örtlichen Behindertenbeiräte im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Planfeststellungsverfahren)
6. Die Fachausschüsse befassen sich jeweils mit der Fortschreibung und Umsetzung der Maßnahmen.



7. Dem Kreistag wird alle 2 Jahre über den Stand der Umsetzung des Handlungsprogramms berichtet.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 9 145/12 Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion**

#### Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache und der Ausschuss nimmt diese zur Kenntnis

### **Punkt 10 Kommunale Präventionsketten "Brücken für Familien" - Mündlicher Bericht der Verwaltung**

#### Erörterung

Frau Thünker teilt mit, dass im Rahmen der Präventionsketten zurzeit mit drei großen Meilensteinen gearbeitet werde. Am 17.10. sei eine große Informationsveranstaltung in der Stadthalle durchgeführt worden. Dort habe man die Akteure an den Präventionsketten sichtbar gemacht. Es gebe viele einzelne Angebote und nun müsse man diese miteinander verknüpfen. Ein weiterer Meilenstein seien zwei Zielkonkretisierungs-Workshops, die am 27.09. und am 31.10. stattgefunden hätten. Erklärtes Ziel sei die Untersuchung der Präventionsketten, sie zu verbessern und auszubauen. Es sollen Entwicklungsmeilensteine im Leben bzw. Aufwachsen von Kindern definiert, Indikatoren von Mindeststandard entwickelt und Kommunikationsstrukturen für alle Beteiligten festgelegt werden. Bei dem dritten Meilenstein handele es sich um die Bestandsaufnahme aller Netzwerke und Angebote, die Ende November abgeschlossen sein werde. Das bedeute aber nicht, dass neue Entwicklungen nicht mehr mit aufgenommen werden könnten.

### **Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### **1. Bearbeitungszeiten im Bereich Elternzeit/Elterngeld - Mitteilung von Herrn Hahn**

Von der Bezirksregierung Münster habe es zur Durchführung des Bundeselterngeld- und Bundeselternteilzeitgesetzes eine Mitteilung gegeben, betreffend der Bearbeitung sowie der Laufzeit von Anträgen. Der Kreis Unna befände sich in diesem Ranking bei 10-20 Tagen Bearbeitungszeit, der Landesdurchschnitt läge bei 25 Tagen. Die höchsten Bearbeitungszeiten lägen bei bis zu 70 Tagen. Die Leistung für die Beantragung des Elterngeldes für Eltern, die auf eine schnelle Bewilligung angewiesen wären, würde hier für den Kreis Unna durch die Bezirksregierung sehr positiv dargestellt.

#### **2. Einrichtung eines Jugendamtes in Fröndenberg – Mitteilung von Herrn Hahn**

Das von der Stadt Fröndenberg beauftragte Beratungsbüro Allevo werde das Prüfergebnis am 06.02.2013 im Finanzausschuss der Stadt Fröndenberg vorstellen. Das Kreisjugendamt stehe mit dem Beratungsbüro in Kontakt für die Bereitstellung von Unterlagen und Zahlenmaterial, um damit die Beratungen zu unterstützen.

#### **3. Familienatlas 2012 – Mitteilung von Herrn Hahn**

Er teilt mit, dass voraussichtlich morgen der Presse entnommen werden könne, dass der Familienatlas 2012 veröffentlicht worden sei, den die Prognos AG im Auftrag der Bundesregierung vorgenommen habe. Der Verwaltung läge ein Vorabdruck vor und dem Kreis Unna würde eine sehr positive Entwicklung zugestanden.

Der Wunsch des Kreises Unna, eine ausführlichere Legende zu den Aktivitäten im gesamten Kreisgebiet aufzunehmen, sei aufgenommen worden. Auch hier stehe der Kreis Unna besser da und er sei im Handlungsfeld 4 auf Rang 1 von 402 gelandet. Das Handlungsfeld 4 beinhalte Angebote und die Organisation der regionalen Familienpolitik.

#### **4. Rufbereitschaft Fachbereich Jugend und Familie – Mitteilung von Herrn Hahn**

Die Kreisverwaltung bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr, am 27. und 28.12., geschlossen. Im Fachbereich Jugend und Familie werde eine Rufbereitschaft vorgehalten, denn es betreffe zwischen Heiligabend und Neujahr insgesamt mehrere Tage.

#### **5. Veranstaltungen Deutscher Kinderschutzbund – Mitteilung von Herrn Hahn**

Er weist auf eine Einladung des Deutschen Kinderschutzbundes zu Veranstaltungen am 13.12. (Bielefeld) und am 14.12. (Dortmund) hin; dort gehe es um das Thema „Das Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) und seine Umsetzungserfordernisse“. Wer Interesse an einer dieser Veranstaltungen habe, könne sich eine Kopie der Einladung mitnehmen.

#### **6. Ankündigung eines Projektes in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Düsseldorf für den Sommer 2013 – Mitteilung von Frau Waßen**

Das Projekt solle im Sommer nächsten Jahres mit der Fachhochschule in Düsseldorf durchgeführt werden und befasse sich mit einer Momentaufnahme zur Situation von Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 16 Jahren aus Fröndenberg. Dazu würden rund 20 Studenten und Professor Dr. Deinet 5 Tage in Fröndenberg verbringen und Interviews mit Schülern an verschiedensten Orten durchführen. Sie würden aber auch mit Sozialarbeiter/innen, sogenannten Schlüsselpersonen, Gespräche führen. Beteiligt an diesem Projekt seien neben dem Kreis Unna und der Fachhochschule Düsseldorf, die Stadt Fröndenberg sowie die Jugendzentren „Jugendzentrum Eulenstraße“, „Spirit“ und „Treffpunkt Windmühle“. Nach der Durchführung des Projektes werde ein ausführlicher Bericht im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

Herr Hahn beantwortet eine Verständnisfrage von Frau Gebhard zum Thema Rufbereitschaft zwischen den Feiertagen (siehe 4. Mitteilung).

Frau Sopora merkt an, dass vielleicht die Bearbeitungszeit für das Elterngeld so gering sei, weil der Kreis Unna immerhin noch 90.000 Euro zuschieße, obwohl hier Aufgaben vom Versorgungsamt übernommen worden seien.

Herr Hahn äußert, dass es sich hier um das stark bemängelte Thema Konnexität handele. Dies sei aber auch mit der Übernahme der Umweltverwaltung des Landes und der Versorgungsverwaltung, Schwerbehindertenangelegenheiten und Bundeselterngeld, verbunden. Im Bundeselterngeldbereich seien dem Kreis 4,5 Stellen zugewiesen, aber davon wieder eine halbe Stelle abgezogen worden.

Auf Anfrage von Frau Streich teilt Herr Hahn mit, dass in der nächsten Sitzung die für den Elternbeirat des Jugendamtsbereiches Bönen, Fröndenberg und Holzwickede gewählte Person vorgestellt würde. Sie hätte dann auch Gelegenheit zu einer persönlichen Vorstellung.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

## **Anlagen**

1. Vergleich bisherige und neue Regelung zum Sonderbedarf Vollzeitpflege und Heimerziehung
2. Folienpräsentation zum HzE-Bericht, Bericht Herr Steiner
3. Folienpräsentation zum Produkthaushalt 2013, Bericht Herr Hahn und Frau Waßen

gez. Theodor Rieke  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin